

Pressemitteilung

12.10.2023

Wolf: Ohne nachhaltige Bestandsreduktion keine Problemlösung

Bauernverband fordert vorbeugenden Herdenschutz

(DBV) Die heute im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellten Vorschläge von Bundesumweltministerin Steffi Lemke zum Umgang mit dem Wolf sind aus Sicht des Deutschen Bauernverbandes völlig unzureichend und nicht geeignet, die offensichtlichen Probleme für die Weidetierhaltung zu lösen. "Mit solchen Placebo-Lösungen wird die Weidetierhaltung weiterhin einer verfehlten und weltfremden Wolfspolitik geopfert. Die Vorschläge werden weder der Weidetierhaltung noch dem Koalitionsvertrag gerecht", kritisiert der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Bernhard Krüsken. Die Regierungskoalition muss jetzt deutlich machen, dass vom zuständigen Bundesministerium in dieser Frage mehr erwartet werde, als eine geltende, aber dysfunktionale Rechtslage anders zu vollziehen und nur auf die Länder zu verweisen. "Eine schnellere und effizientere Entnahme von übergriffigen Wölfen ist ohne Zweifel wichtig, aber ohne gesetzliche Änderungen und ohne volle Ausschöpfung der vorhandenen Spielräume des europäischen Rechts für Ausnahmen vom strengen Schutz bleiben die Probleme mit dem Wolf nicht beherrschbar. Auch die Bezeichnung "regionales Bestandsmanagement" ist Etikettenschwindel, weil sich dahinter weiterhin nur die Möglichkeit einer einzelnen Problemwolfentnahme verbirgt. Stattdessen wäre ein vorbeugender Herdenschutz durch eine Reduzierung des Wolfsbestandes erforderlich und ist EU-rechtlich möglich. Dazu muss Deutschland nur das EU-Recht 1:1 umsetzen und in der FFH-Richtlinie die Ausnahmen vom strengen Artenschutz übernehmen", so Krüsken weiter.

Mindestanforderungen für eine zukunftsfähige Wolfspolitik sind neben einer schnelleren und effizienteren Entnahme von auffälligen Wölfen und Rudeln eine konkrete Regelung für ein vorsorgliches Bestandsmanagement und damit für die rissunabhängige Regulierung des Wolfsbestandes, eine weitestgehende Bestandsreduktion in Grünlandregionen, Deichen und Almen, eine offizielle Feststellung des offensichtlich günstigen Erhaltungszustands und natürlich eine Aufhebung des derzeitigen strengen Schutzstatus. "Alles andere ignoriert die Problemlage der Weidetierhaltung in Deutschland. Damit Weidetierhaltung eine Zukunft hat, muss das BMUV hier endlich aktiv werden", betont DBV-Generalsekretär Krüsken.

Autor Deutscher Bauernverband

Rückfragen an DBV-Pressestelle Telefon 030-31904-240

Anschrift Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin

Copyright DBV

E-Mail presse@bauernverband.net
Homepage www.bauernverband.de
Twitter @Bauern_Verband
Facebook @DieDeutschenBauern
Instagram @diedeutschenbauern